Kampfesmoral der Arbeiterschaft gegen die Papenverordnung durch Maßnahmen des Klassenkampfes abzuschwächen. In Ergänzung dazu organisiert diese Partei jetzt den gesteigerten Terror, betätigt sich also trotz aller Phrasen in der Oeffentlichkeit als die außerparlamentarische Schutztruppe der Papenregierung und ihrer Politik. In der gegenwärtigen Situation der sich immer kraftvoller entwickelnden antifaschistischen Aktion werfen sich die Nazigarden der faschistischen Bourgeoisie mit gesteigertem Terror gegen die Arbeiterschaft und hoffen damit auch die immer umfangreicher auftretenden Zersetzungserscheinungen bekämpfen und die beispiellose Korruption verdecken zu können.

Die antifaschistische Arbeiterschaft, die gestern abend ihren Ueberfall abwehrte, wird den Hakenkreuzjaschisten diesen Terror, den organisierten Terror, nicht gestatten. Roter Massenselbstschutz, verstärkte Antifaschistische Aktion wird den Terror und den Nazistreikbruch brechen, aber auch dafür sorgen, daß der letzte verirrte Naziproletarier den Weg zur roten Klassenfront findet!

Neue Streiks gegen Lohnabbau

Am 3. Oktober ist die etwa 400 Mann starke Belegschaft der Baumwollspinnerei J. A. Hammersen in Gladbach-Rheydt in den Streik getreten. Der Streik richtet sich gegen einen Lohnabbau auf Grund der Papen-Notverordnung. Weiterhin streiken die 200 Mann starke Belegschaft des Textilbetriebes Rosenberger in Reichenbach in Schlesien und die Belegschaft der Armaturenfabrik Warmbt in Waldenburg.

Die Arbeiter der Vereinigten Bleicherei-Fabriken AG in Schönebeck bei Magdeburg streiken seit dem 3. Oktober gegen einen geplanten Lohnabbau. Der Streik wurde gegen den Willen der Fabrikarbeiterverbandsbürokratie in einer Betriebsversammlung am 2. 10. beschlossen.

In Konstanz (Baden) haben die freigewerkschaftlichen, christlichen und unorganisierten Schneider in einer gemeinsamen Versammlung den Streik beschlossen und am 3. Oktober begonnen.

Erwerbslose in der Solidaritätsfront

Die Fischhallenarbeiter in den Altonaer Fischhallen haben sich einmütig dem Streik angeschlossen. Von 15 Dampfern liegen 11 mit voller Ladung angelöscht im Fischereihafen. 100 vom Arbeitsamt nach dem Fischereihafen entsandte Arbeitslose erklärten nach Aufklärung durch den Streikschutz die Verweigerung der Arbeit. 80 von ihnen beteiligten sich sofort am Massenstreikpostenstehen.

An dem Streik der Hochseefischer beteiligen sich insgesamt 4300 Arbeiter.

Neue Streiksiege

Im Kampf der Hochseefischer gegen den Lohnabbau haben die Seeleute bereits die ersten Erfolge erzielt. Unter dem Druck der geschlossenen Streikfront haben die Reeder der Fischdampfer „Else Kunkel" und „Rhein" die Forderungen der Seeleute voll bewilligt.

Einen glänzenden erfolgreichen Solidaritätsstreik haben die Fischarbeiter von Vinzenz, Putz & Co in Geestemünde durchgeführt. Als die Arbeiter erfuhren, daß die Mannschaften der Fischdampfer die Ausfahrt verweigerten, stellten sie sofort eigene Forderungen an die Betriebsleitung. Statt des bisherigen Lohnes von 42 Pfennig pro Kiste forderten sie 50 Pfennig. Nach halbtägigem Streik mußte die Direktion diese Forderungen bewilligen. Die Belegschaft beschloß, für die im Streik stehenden Hochseefischer einen Stundenlohn abzuführen.

Die Belegschaft der Straßenbahn Herne-Kastrop beschloß in zwei Betriebsversammlungen, gegen den von der Verwaltung angekündigten Lohnabbau durch Arbeitszeitverkürzung in den Streik zu treten. Unter dem Druck dieses entschlossenen Kampfwillens der Belegschaft hat die Straßenbahnverwaltung die angedrohte Arbeitszeitverkürzung zurückgezogen.

Um die Auszahlung rückständiger Löhne sind die Arbeiter des Gutes Klein-Plasten bei Waren in Mecklenburg am 30. 9. in den Streik getreten. Schon nach halbtägigem Streik zahlte die Gutsverwaltung den Lohn für 14 Tage aus.

Verbreiterung der Streikfront in Sachsen

Kammgarnspinnerei Harthau stößt zur Kampffront. Verstärkte Solidaritätsaktion

Chemnitz, den 4. Oktober.

Die Belegschaft der Harthauer Kammgarnspinnerei ist gestern geschlossen in den Streik getreten, weil der Unternehmer nur einen Teil des Lohnes zur Auszahlung brachte. Bereits am Morgen nahm zwei Drittel der Belegschaft die Arbeit nicht auf. Die Arbeiterinnen blieben im Speisesaal und sangen revolutionäre Lieder. Daraufhin wurde ein Teil des Lohnes ausgezahlt. Doch die Belegschaft gab sich mit den Teilzahlungen von drei bis zehn Mark nicht zufrieden und beschloß gegen vier Stimmen den Streik.

Die Belegschaft wählte eine Delegation, die zu den Arbeitern des Textilbetriebes Schäfer sprechen sollte. Der SPD-Betriebsrat, der unter Pfui-Rufen der Belegschaft die Direktion zu Hilfe holte, erklärte:

„Der Streik der Kammgarnspinnerei geht mich nichts an!"

Trotzdem konnte die Delegation zu den Arbeitern sprechen.

Die Belegschaften Goerlitz und Möller & Horn in Chemnitz stehen bis zum letzten Mann im Streik; während bei Felix Frank eine Anzahl Streikbrecher im Betrieb arbeitet. Auf Grund der aktiven Unterstützung der streikenden Frank-Belegschaft durch die RGO und die revolutionäre Arbeiterschaft hat sich die Zahl der Streikbrecher heute gegenüber gestern vermindert.

Die Solidaritätsaktion zur Unterstützung der Streikenden ist vorbildlich. Am Sonnabend und Sonntag liefen beim Solidaritätsausschuß zirka 1000 Mark an Geld und eine ganze Menge von Lebensmitteln ein. Der Solidaritätsausschuß konnte gestern bereits an die auswärts wohnenden Arbeiter die ersten Lebensmittelpakete verteilen. **Die Arbeiter betonen immer wieder, daß sie einsehen, wie recht die RGO hatte, als sie bereits vor Wochen mit der Solidaritätsaktion begann und infolgedessen schon am dritten Streiktage mit der Verpflegung der Streikenden einsetzen konnte.**

Streik in Plauen i. Vogtland

Plauen, den 4. Oktober.

Im Betrieb Radio-Lange, Plauen, in dem 137 Arbeiter beschäftigt sind, gab der Unternehmer durch Anschlag bekannt, daß am Freitag auf Grund der Notverordnung der Lohn für alle Arbeiter von der 31. bis zur 40. Wochenarbeitsstunde um 50 Prozent gekürzt wird. Einstimmig beschloß die Belegschaft, folgende Forderungen in den Streik zu treten:

1. **Volle Weiterzahlung des alten Lohnes.**
2. **Gegen jede Ueberstunde.**
3. **Gegen die bisherige Visitation der Arbeiter.**
4. **Gegen jede Maßregelung.**

Eine Streikleitung wurde gewählt, die aus drei KollegINNEN und drei Kollegen besteht. Vor dem Betrieb steht eine starke Zahl Streikposten und ein Doppelposten der Polizei.

„Drewag"-Arbeiter kampfbereit

In einer gestern stattgefundenen Versammlung aller bei der „Drewag" beschäftigten Arbeiter und Angestellten, die von mehr als 1000 Arbeitern besucht war, wurde über die von der Direktion geplanten Lohnabbaumaßnahmen berichtet. Der Vertreter des Gesamtverbandes, Kurpat, paßte sich bei seinem Bericht der außerordentlich erregten und empörten Stimmung an. Nichtsdestoweniger versuchte er die Versammlung, auf die wir noch näher zurückkommen, damit zu beschwichtigen, daß die „Drewag"-Direktion ihre Pläne ja nunmehr aufgegeben habe. Bezeichnend ist, daß der Betriebsratsvorsitzende zugab,

daß die Direktion lediglich auf Grund der Empörung und der rebellischen Stimmung in den Betrieben zurückgewichen sei.

In der Aussprache brachten selbst Angehörige der „Eisernen Front" zum Ausdruck, daß man sich damit keineswegs abfinden dürfe. Außer einem oppositionellen Betriebsrat ergriff der Kollege Fritz von der RGO in der Diskussion das Wort und bekräftigte die Notwendigkeit der höchsten Wachsamkeit und leidenschaftlichen Streikrüstung. Zugleich rief er die „Drewag"-Arbeiter auf, gegen den Gesamtplan der Papenregierung zu kämpfen, wobei er Kurpats Hilfsstellung für den Papenplan, den Kurpat scheinheilig nur „zu einem Teil verdammte, kennzeichnete.

Der Kampfruf des RGO-Vertreters rief den stärksten Beifall der Versammlung hervor. Kurpat wagte im Schlußwort nicht ein Wort zu diesen Ausführungen zu sagen, sondern entfaltete vielmehr eine schmutzige Hetze gegen revolutionäre Betriebsarbeiter.

Wenngleich es der Bürokratie in dieser Versammlung noch einmal gelang, die Debatte zu drosseln und eine der empörten Stimmung zwar angepaßte, aber dennoch zu nichts verpflichtende Resolution zur Annahme zu bringen, so hat dennoch der ganze Verlauf der Versammlung gezeigt, daß die „Drewag"-Belegschaft von höchster Kampfentschlossenheit erfüllt ist.

Vor schärferen Unternehmer-Vorstößen

Was ist zu tun? . Nun erst recht zum Kampfe rüsten!

Die Reichsregierung berät über neue und verschärfte Maßnahmen, um die Streikwelle einzudämmen. Neben den bisherigen Maßnahmen wird u. a. daran gedacht, den Arbeitslosen, die sich nicht in bestreikte Betriebe vermitteln lassen, die Unterstützung zu entziehen.

Das „Berliner Tageblatt" vom 4. Oktober schreibt dazu: „Es ist unzweifelhaft, daß eine solche Maßnahme, die gleichsam denjenigen bestraft, der nicht Streikbrecher sein will, auf den allerschärfsten Widerstand innerhalb der Arbeiterschaft stoßen würde."

Dieses kapitalistische Blatt schätzt die drohende Maßnahme richtig ein. Schon jetzt werden die Arbeiter alles einsetzen, um das Bündnis der Betriebstätigen und Arbeitslosen zu festigen.

Gleichzeitig mit den Beratungen der Regierung finden fieberhafte Verhandlungen der Vertreter der Unternehmerverbände statt. Kein Zweifel, daß die Unternehmer über die Durchführung größerer Vorstöße bei der Lohnabbauoffensive beraten.

Mit den Vorstößen in einigen hundert, meist mittleren Betrieben, haben die Unternehmer die Front der Arbeiterschaft abgetastet. Sie sind auf einen starken Kampfwillen der Arbeiter gestoßen. Die Arbeiter wollen sich keinen weiteren Lohnabbau mehr gefallen lassen, in Hunderten von Betrieben wurde der Lohnabbau abgewehrt.

Jetzt bereiten die Unternehmer neue Schläge vor, und sie wollen diese Vorstöße möglichst wirksam gestalten. Dementsprechend muß die Arbeiterklasse ihrerseits die nötigen Maßnahmen treffen. Jetzt gilt es, erst recht zum Kampf zu mobilisieren!

Notwendig ist es, daß sich alle Belegschaften in Betriebsversammlungen daraufhin einigen, jeden Lohnabbau mit der Waffe des Streiks abzuwehren. Notwendig ist es, in jedem Betrieb ganz konkrete betriebliche Forderungen aufzustellen, insbesondere in Richtung der Zurückeroberung des bisher geraubten Lohnanteils. Durch diese Belegschaftsversammlungen muß den Unternehmern gezeigt werden, daß sich die Belegschaften keinen neuen Lohnabbau gefallen lassen, daß sie entschlossen sind, für ihre Forderungen zu kämpfen.

Ferner ist es notwendig, daß die Betriebsbelegschaften der Industriebezirke durch gewählte Delegierte miteinander die engste Verbindung herstellen, ebenso zu den Massen der Arbeitslosen!

Mobilisiert überall die Arbeitermassen! Vor allem tretet auf in allen Gewerkschaftsversammlungen, gewinnt die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für die Einheitsfrontaktion!

Die Einheitsfrontaktion muß die Unternehmer-Offensive brechen!

SPD-Betriebsrat verhindert Belegschaftsversammlung der „Yenidze"

Am Dienstag sollte eine Betriebsversammlung der Belegschaft der Zigarettenfabrik Yenidze stattfinden. Als die Arbeiterinnen in dem Versammlungslokal erschienen, wurden sie mit der Begründung wieder weggeschickt, daß die Versammlung nicht stattfinden könne, weil eine Funktionärsitzung der Reemtsmabetriebe zur selben Zeit durchgeführt würde.

In dem Betrieb steht die Frage der Abschaffung der Akkordarbeiten und der Abbau der übertariflichen Löhne. Mit der Ablehnung der Betriebsversammlung versucht man die Aktivität der Belegschaft zu lähmen. Das darf nicht gelingen. Fordert sofort die neue Einberufung der Betriebsversammlung.

Teno gegen Streikende eingesetzt

Hamburger Lohnabbau-Schiedsspruch verbindlich erklärt

Hamburg, 4. Okt. (Eig. Bericht).

Der Lohnabbauschiedsspruch für die Hamburger Hoch- und Straßenbahner ist für verbindlich erklärt worden.

Heute morgen wurde für die Inbetriebsetzung der Weißdorfer Bahn die Technische Nothilfe eingesetzt. Ein ungeheures Polizeiaufgebot sorgte für den Schutz der Streikbrecher. Der erste Zug wurde auf allen Stationen mit stürmischen Pfuirufen der streikenden Hochbahner und der werktätigen Bevölkerung empfangen. Im ganzen Zug fuhren 6 Fahrgäste und 25 Polizisten zu ihrem Schutz.

Auf die Hetze der SPD-Presse antwortete gestern eine von 250 streikenden Hoch- und Straßenbahnern besuchte Versammlung in Barmbeck mit einer Resolution, in der es heißt:

„Die Versammlung weist entschieden die verleumderischen Meldungen des Hamburger Echos zurück, die Inbetriebnahme der Weißdorfer Bahn sei deshalb nicht zustande gekommen, weil das Personal den kommunistischen Terror fürchtet. In Wirklichkeit hat der geschlossene Wille aller Streikenden die streikbrecherischen Pläne durchkreuzt."

Der Einfluß der RGO wächst. Insgesamt sind bereits auf 6 Bahnhöfen selbständige Streikleitungen eingesetzt, in denen Gesamtverbändler, RGO-Mitglieder und Unorganisierte Vertreter sind.

700 Prozent Bürgersteuer in Dresden

Wie durch Mitteilungen aus der Sitzung des Dresdner Rates bekannt wird, hat das Finanzamt der Stadt Dresden an den Rat der Stadt den Antrag auf Erhebung einer Bürgersteuer in Höhe von 700 Prozent für das Jahr 1933 gestellt. Nachdem der Rat mit Mehrheit den Vorschlag — wohl mit Rücksicht auf die Kommunalwahlen — abgelehnt hat, geht dieser Antrag nunmehr an die Kreishauptmannschaft. Wie diese mit ihrem sozialdemokratischen Kreishauptmann Buck entscheiden wird, dürfte nach dem letzten arbeiterfeindlichen Diktat, das dieselbe der Stadt Dresden übermittelte, nicht schwer zu erraten sein. Die Hugenbergpresse („Dresdner Nachrichten") meldet, daß von der Kreishauptmannschaft nichts anderes zu erwarten sein werde, als die Festsetzung nach dem Antrag des Finanzamtes, d. h. zu 700 Prozent. —

600 Prozent Zuschlag, das hieße, ein Familienvater müßte, sofern er in Arbeit steht oder Verdienst hat, womit er die steuerfreie Grenze überschreitet,

42 Mark Bürgersteuer im Jahre bezahlen.

Da viele Arbeiter heute — sofern sie noch Arbeit haben — kaum mehr als 20 Mark pro Woche verdienen, heißt das, ein Arbeiter muß

zwei Wochenlöhne allein für die Bürgersteuer zahlen.

Wie viele andere Steuern aber gibt es noch, die in den letzten Monaten und Jahren für die Werktätigen neu eingeführt wurden?

42 Mark oder 2 Wochenlöhne, d. h. der zweiundzwanzigste Teil des gesamten Jahreseinkommens soll vom Arbeiter für die Rettung des bankrotten kapitalistischen Systems geopfert werden!

Den zweiundzwanzigsten Teil des Jahreseinkommens soll der Arbeiter opfern für die Rettung eines Systems, das ihm täglich neues Elend in Gestalt von Lohn- und Gehaltsraub, wie Unterstützungsraubes bringt. Den zweiundzwanzigsten Teil seines Einkommens soll er opfern für eine Stadtverwaltung, die der schwerreichsten Firma in Deutschland, der Firma Villeroy und Boch 50 000 Mark jährlich an Finanzgarantie schenkt, die eine Million für die Luxusklitten der Bourgeoisie, für die Staatstheater jährlich ausgibt, die für den Luftverkehr im Jahre 48 000 Mark übrig hat, die für Polizei 2 800 000 Mark ausgibt, ungerechnet die Kosten für die Wohlfahrtspolizei, die den bürgerlichen Organisationen und Einrichtungen — unter anderem dem Textilforschungsinstitut der Textilindustriellen und dem Ueberfoorschungsinstitut der Ueberindustriellen — rund eine viertel Million opfert, die für die Zettelbäuche auf dem Weißen Hirsch 48 000 Mark jährlich bezahlt.

Weil die SPD-Führer und Regie die Besteuerung der Millionäre ablehnen, deshalb müssen die Werktätigen erneut blluten, deshalb werden sie erneut zur Rettung des bankrotten kapitalistischen Systems zur Ader gelassen.

Diese Pläne müssen schon jetzt alle Werktätigen zur entschlossenen Abwehr bereit finden.

Drosselung des kommunistischen Wahlkampfes

Berlin, 5. Oktober. (Eig. Drahtbericht)

Der preußische kommissarische Innenminister hat in einem Runderlaß Anweisungen zur Reichstagswahl gegeben. Unter anderem wird da erklärt: Versammlungs- und pressepolizeiliche Bestimmungen der Notverordnung gelten auch für die Wahlzeit. Wahlversammlungen dürfen nur in geschlossenen Räumen abgehalten werden und sind mindestens 48 Stunden vorher bei der Polizei anzumelden. Falls Anlaß zu Besorgnis für Gewalttätigkeiten besteht, sind alle dafür nötigen Maßnahmen zu treffen. Propagandafahrten auf Lastautos sind nicht anmeldepflichtig, aber, wenn sie die Form eines Aufzuges annehmen, verboten. Zur Sicherung der Teilnehmer von Wahlversammlungen sind Massendurchsuchungen zu empfehlen. Bei der Prüfung, ob Plakate und Flugblätter zu Gewalttätigkeiten aufreizen, sei maßgebend, welche Wirkung auf den Durchschnittsleser erzielt wird und nicht, welche Absicht der Herausgeber des Plakates hat.

Die Bourgeoisie rechnet damit, daß die Vorschriften dieses Runderlasses die KPD treffen. Die Antwort: Verstärkt unsere außerparlamentarische Einheitsfrontaktion und

kämpft für Liste 3!

Der Reichsarbeitsminister hat den für die Hamburger Verkehrsbetriebe gefällten Spruch, gegen den die Verkehrsarbeiter in den Streik getreten sind, für verbindlich erklärt. Die Gewerkschaftsbürokratie hat damit offen zum Verrat des Streiks und zur Arbeitsaufnahme bei einem Lohnabbau von insgesamt 12 Prozent aufgefordert.